



Monatsinfo | Monthly Information

VII | 2020

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

diese Monatsinfo ist wieder geprägt von den Berichten der VAB-Referenten über eine Vielzahl von Neuregelungsvorschlägen, die nicht ausschließlich, aber auch die Auslandsbanken und ihre besonderen Strukturen betreffen.

Ein besonderes „Highlight“ dieses Monats ist der Referentenentwurf des BMF und BMJV zum Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz – FISG, das als Reaktion auf die Geschehnisse um die Wirecard-Pleite gleich eine Vielzahl von wesentlichen Änderungen in unterschiedlichen Gesetzen vorschlägt.

Zudem ist natürlich der Entwurf des überarbeiteten und erweiterten BaFin-Rundschreibens „Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT“ (BAIT) und die von der BaFin veröffentlichte Konsultationsfassung der MaRisk-Novelle 2021 zu nennen. Wie stets, ist der VAB zur Vorbereitung der Verbandsstellungen und Anregungen an die BaFin auf Ihren fachlichen Input angewiesen, um den Verbands-Petitionen die notwendige Durchschlagskraft durch Praxisbeispiele zu verleihen. Wir freuen uns auf den Dialog mit Ihnen zu diesen Themen.

Ich wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen unserer Monatsinfo – und weiter gute Geschäfte.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Andreas Prectel ✉

Geschäftsführer | Managing Director

Dear Readers,

this monthly info is again characterized by the reports of the VAB team on a variety of new rules and regulations, which concern the foreign banks and their special structures.

A "highlight" of this month is certainly the draft on the Financial Market Integrity Strengthening Act - FISG jointly issued by the Federal Ministry of Finance (BMF) and the Federal Ministry of Justice and Consumer Protection (BMJV) which comes as a reaction to the events around the Wirecard (s.o.) bankruptcy and which proposes some essential changes in different laws.

In addition, the draft of the revised and expanded BaFin circular "Banking supervisory requirements for IT" (BAIT) and the consultation draft of the MaRisk amendment 2021 published by BaFin must be mentioned here. As always, the VAB is dependent on your professional input for the preparation of the association's statements and suggestions to BaFin in order to give the association's petitions the necessary impact through practical examples. We look forward to the dialogue with you on these topics.

I hope you enjoy reading our monthly info - and wish you continued good business

Kind regards

Inhalt | Table of Content

Inhaltsverzeichnis

1. Unsere Veranstaltungen Our Events	3
2. Seminarkalender Seminar calendar	9
3. Aktuelles Update	11
Finanzmarktintegrität Financial Market Integrity	11
MaRisk-Novelle MaRisk Amendments	13
BAIT Supervisory Requirements on IT	15
3.1 Brüssel Brussels	16
EU-Resilienzvorschriften EU Rules on Resilience	16
EU-Agenda zum Zahlungsverkehr EU-Agenda on Payments	18
Schwarmfinanzierung Crowdfunding	20
Konsultation zur AIFMD Consultation on AIFMD	21
3.2 Paris	22
Schwerwiegende Vorfälle Major Incidents	22
Solide und geschlechtsneutrale Vergütungspolitik Sound and Gender-Neutral Remuneration Policies	23
ESG Risiken ESG Risks	24
3.3 Bonn	26
Verschuldungsquote Leverage Ratio	26
IT-Sicherheit 2020 IT Security 2020	26
Update AML	27
3.4 Frankfurt am Main	28
Finanzsanktionen Financial Sanctions	28
3.5 Aktuelle Stellungnahmen Position Papers	28
4. VAB Interna Association News	29

1. Unsere Veranstaltungen | Our Events

Online-Praxisseminar

Bankenaufsicht 2021

- Aktuelle Herausforderungen aus Sicht der Bankenaufsicht
Dr. Peter Lutz | Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht
- Die MaRisk-Novelle 2021
Matthias Eisert | PwC
- Wirtschaftliche Krisenzeiten: Wie bereiten Institute sich auf eine mögliche Welle von Problemkrediten vor?
Benedikt Sturm | KPMG
- Die EBA-Leitlinien zur Kreditvergabe und -überwachung
Andrea München, LL.M. | CMS Hasche Sigle
- Neue Anforderungen an Geschäftsleiter, Aufsichtsorgane und Key Function Holder
Dr. Andreas Dehio | Linklaters LLP
- Das Risikoreduzierungsgesetz: Umsetzung von CRD 5, CRR 2 und anderen Vorgaben
Dr. Marc Benzler und Johannes Rothmund | Clifford Chance LLP
- Bankenabgabe: Was bedeuten die EuG-Urteile zur Nichtigkeit der SRB-Beschlüsse?
Dr. Dirk Bliesener | Hengeler Mueller
- Small Banking Box: Erleichterungen für kleinere und mittlere Institute (Aufzeichnung)
Michael Jankowski | Ebner Stolz

Moderation

Wolfgang Vahldiek | Verband der Auslandsbanken e.V.

Mittwoch, 18. November 2020, 9:20 bis 17:00 Uhr

Online-Veranstaltung

Die Einwahldaten werden den Teilnehmern rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Anmeldung

Die Anmeldung ist über die [Homepage](#) des Verbands möglich. **Anmeldefrist: 13. November 2020**



Online-Praxisseminar

Bekämpfung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung *Schwerpunktveranstaltung für Auslandsbanken in Deutschland 2020*

- EU Action Plan for a comprehensive Union policy on preventing ML/TF
Steffen Krauß | European Commission, DG FISMA
 - Auslagerung der Sorgfaltspflichten nach § 6 Abs. 7 GwG und Ausführung der Sorgfaltspflichten durch Dritte nach § 17 GwG
Olaf Bausch | BB Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
 - Verstärkte Sorgfaltspflichten bei Korrespondenzbankbeziehungen
Niclas-Andreas Müller und Götz Eric Fischer | KPMG AG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
 - Bundesbank-Merkblatt zur Einhaltung von Finanzsanktionen 2020
Dr. Thomas Spies und Rafik Ahmad | EY
 - FATF-Empfehlungen zu Virtual Assets
Dr. Anna L. Izzo-Wagner und Alireza Siadat | Annerton Rechtsanwaltsgesellschaft mbH
 - e-Signaturen in Auslandsbanken
Christopher Götz | Simmons & Simmons
-

Moderation

Andreas Kastl | Verband der Auslandsbanken in Deutschland e.V.

Donnerstag, 26. November 2020, 09:00 – 16:45 Uhr

Online über Ecosero

Die Einwahldaten werden den Teilnehmern rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Anmeldung

Die Anmeldung ist über die [Homepage](#) des Verbands möglich. **Anmeldefrist: 23. November 2020**



Online-Praxisseminar

Anlageberatung und Vermögensverwaltung

- Digitalisierung von Anlageberatung und Vermögensverwaltung aus regulatorischer Sicht
Dr. Christoph Schmitt | BEITEN BURKHARDT
 - Haftungsrisiken nach den Börsenturbulenzen 2020 – Corona, Wirecard und die Folgen
Dr. Ulf Heppekausen | CLOUTH & PARTNER
 - Nachhaltigkeit und ESG-Offenlegung im Private Banking
Dr. Alexander Behrens | Allen & Overy LLP
 - Entwicklungen in der Wertpapieraufsicht
Dr. Jochen Eichhorn | Lachner Westphalen Spamer
 - Case Study: Beratung über und Verwaltung von Krypto-Währungen
Dr. Thorsten Voß | Schalast & Partner
-

Moderation

Wolfgang Vahldiek | Verband der Auslandsbanken e.V.

Dienstag, 1. Dezember 2020, 9:20 Uhr bis 16:45 Uhr

Online-Veranstaltung

Die Einwahldaten werden den Teilnehmern rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Anmeldung

Die Anmeldung ist über die [Homepage](#) des Verbands möglich. **Anmeldefrist: 27. November 2020**

Die Betriebsprüfung im Dialog

1. Aktuelle steuerliche Fragestellungen für Auslandsbanken zum Brexit

Jörg Bender und Martin Münch | Bundeszentralamt für Steuern, Bonn

- Übertragung von EU-/EWR-Geschäft nach Deutschland und Ver-/Entstrickung
- ATADUmsG-RefE und die Folgen
- Änderungen bei der Bewertung der Verstrickung
- Aufgewertete Bankeinheiten in Deutschland mit Outbound-Fällen in den EWR
- Aufwandszuordnung bei Betriebsstättenbegründung

2. Verrechnungspreise (VP) und Bankbetriebsstättenbesteuerung

Frank und Oliver Bohländer | Finanzamt Frankfurt am Main V-Hoechst

- Einführung in die Systematik der Verrechnungspreise und Bankbetriebsstättenbesteuerung
- Allgemeine und spezifische Anforderungen anhand von typischen Praxiskonstellationen
- Fehlerquellen und Wünsche der Betriebsprüfung
- Praxisfälle
- Änderung einer VP-Methode
- Zentralisierung des Risk Managements
- Allokation von Projektkosten

3. Diskussion mit den Betriebsprüfern

In der Diskussion besteht für Sie die Möglichkeit für Fragen und Anmerkungen zu diesen Themen an alle Betriebsprüfer. Gerne nehmen wir Ihre Fragen im Vorfeld der Veranstaltung bis zum

2. Dezember 2020 per E-Mail entgegen.

Moderation

Markus Erb | Verband der Auslandsbanken e.V.

Mittwoch, 9. Dezember 2020, 15:30 Uhr bis 18:00 Uhr

Online-Veranstaltung

Die Einwahldaten werden den Teilnehmern rechtzeitig zur Verfügung gestellt.

Anmeldung

Die Anmeldung ist über die [Homepage](#) des Verbands möglich.



Aufzeichnung des Seminars „WpHG-Compliance 2020“ vom 6. Oktober 2020

Unser Seminar „WpHG-Compliance 2020“ vom 6. Oktober 2020 war ein großer Erfolg, doch Corona-bedingt konnten nicht alle Interessenten persönlich teilnehmen.

Wir haben die Video-Aufzeichnung des Seminars für Sie aufbereitet und stellen es nun als Online-Version für Sie zur Verfügung (alle Vorträge inklusive der Präsentationen).

Die Compliance für Wertpapiergeschäfte unterliegt auch in diesem Jahr wieder besonderen Herausforderungen. Während die Corona-Krise die Märkte erschüttert und Herausforderungen für Compliance generiert hat, geraten Abläufe und Prozesse durch pandemiebedingte Änderungen an der Geschäftsorganisation unter Druck. Durch regulatorische Entwicklungen in den Bereichen MiFID, Krypto-Assets und nachhaltige Investments, um nur einige zu nennen, erwachsen zeitgleich neue Aufgabenstellungen.

Folgende Vorträge sind für Sie abrufbar:

- WpHG-Prüfungen aktuell
Monika Scholz | EY
- Compliance-Prozesse für Home Office und Work-at-home
Ullrich Hartmann | PricewaterhouseCoopers
- Digitale Assets: Handel und Verwahrung
Dr. Anna Izzo-Wagner und Alireza Siadat | Annerton Rechtsanwälte
- MiFID II Review der EU-Kommission – ein Ausblick
Dr. Jochen Seitz | Hogan Lovells
- Die Umsetzung der CSDR: Die neuen Regelungen für das Settlement
Dr. Achim Döser | King & Spalding
- Nachhaltige Investments: Die Umsetzung der ESG-Offenlegung
Dr. Caroline Herkströter | Norton Rose Fulbright LLP
- Entlohnung für Vertriebsleistungen: Werbeplattformen, Tippgeber und Vermittler im Lichte der Zuwendungsregulierung
Dr. Christian Schmies und Dr. Charlotte van Kampen | Hengeler Mueller

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie bitte auf unserer [Homepage](#). Wir würden uns freuen, wenn Sie die Gelegenheit ergreifen, nachträglich noch teilzunehmen!



Aufzeichnung des Seminars „Wertpapierhandel und Wertpapierfirmen“ vom 27. Oktober 2020

Unser Seminar „Wertpapierhandel und Wertpapierfirmen – Auswirkungen aktueller Regulierung“ vom 27. Oktober 2020 liegt für Interessierte inzwischen als Aufzeichnung vor.

Wir haben die Video-Aufzeichnung des Seminars für Sie aufbereitet und stellen es nun als Online-Version für Sie zur Verfügung (alle Vorträge inklusive der Präsentationen).

Der Wertpapierhandel erfährt in Deutschland zurzeit einen großen Bedeutungszuwachs, der nicht nur, aber auch, durch den Brexit und die damit verbundene Verlagerung von Kundenbeziehungen aus London nach Kontinentaleuropa zusammenhängt. Gleichzeitig ist der Sektor von einer Reihe von gesetzgeberischen und aufsichtlichen Maßnahmen betroffen, die seine Grundlagen in Teilen neu definieren. Das Seminar gibt Orientierung zu den Auswirkungen von IFD, IFR, dem Entwurf des Wertpapierfirmengesetzes, aber auch der bevorstehenden MaRisk-Novelle. Auf der Produktseite beleuchten wir insbesondere die Rahmenbedingungen für den Handel mit Krypto-Assets, die als neue Assetklasse an Bedeutung gewinnen werden. Außerdem wird ein Ausblick auf MiFID Quick Fix und MiFID Review gegeben.

Folgende Vorträge sind für Sie abrufbar:

- **Neue Aufsichtsregeln für Wertpapierfirmen nach Investment Firm Regulation und Wertpapierfirmengesetz**
Annke von Tiling | Ebner Stolz
- **CRR 2: Neue Standardansätze für Marktrisiko und Kontrahentenrisiko**
Achim Sprengard | GAR Gesellschaft für Aufsichtsrecht und Revision
- **Das Meldewesen für Wertpapierfirmen**
Dirk Waßmann | GAR Gesellschaft für Aufsichtsrecht und Revision
- **Der Handel mit Kryptowerten**
Dr. Caroline Herkströter | Norton Rose Fulbright
- **Geschäftsorganisation im Wertpapierhandel nach MaRisk, KWG und dem Entwurf des Wertpapierfirmengesetzes**
Angela Heinze | KPMG
- **MiFID II Review der EU-Kommission – ein Ausblick**
Dr. Jochen Seitz | Hogan Lovells

Weitere Informationen und die Möglichkeit zur Anmeldung finden Sie bitte auf unserer [Homepage](#). Wir würden uns freuen, wenn Sie die Gelegenheit ergreifen, nachträglich noch teilzunehmen!

2. Seminarkalender | Seminar calendar

Wir haben aufgrund der Corona-Pandemie unser Seminarprogramm angepasst und freuen uns, Ihnen für das zweite Halbjahr folgende Veranstaltungen bieten zu können:

Quartal IV 2020 | Q-4 2020

November:

Bankenaufsicht 2021 (Online)	18. November 2020	Programm	Anmeldung
Geldwäscheprävention (Online)	26. November 2020	Programm	Anmeldung

Dezember:

Anlageberatung und Vermögensverwaltung (Online)	1. Dezember 2020	Programm	Anmeldung
Die Betriebsprüfung im Dialog (Online-Tax-VABinar)	9. Dezember 2020	Programm	Anmeldung

2021

In Planung:

MaRisk-Compliance (Online)	10. Februar 2021	Vormerkung
Die MaRisk-Novelle (nach Vorliegen des Entwurfs der neuen MaRisk, voraussichtlich Q1 2021 in Frankfurt a.M. oder VABinar)		Vormerkung
CRR-Meldewesen (Q2 2021 in Frankfurt a.M.)		Vormerkung



Aktuelle Inhouse-Schulungen

▪ Geldwäsche und Finanzsanktionen

- Gesetzliche und regulatorische Anforderungen sowie mögliche aufsichtsrechtliche Sanktionen
 - Organisation und Dokumentation der Geldwäschebekämpfung mit Fallbeispielen
 - Embargo und Finanzsanktionen
 - Pflichten nach der Geldtransfer-Verordnung
 - Steuerliche KYC-Anforderungen (Kontenwahrheit, CRS, FATCA)
-

Die Inhouse-Schulungen sind auf Deutsch und auf Englisch buchbar.

Der Schulungsinhalt wird individuell auf Geschäftsmodelle und zu schulende Mitarbeiter abgestimmt.

Bei Interesse an der Inhouse-Schulung sprechen Sie uns bitte direkt an
Telefon: +49 69 975 850 0, verband@vab.de

Finanzmarktintegrität | Financial Market Integrity

Referentenentwurf zur Bilanzkontrolle und weiteren Vorhaben | Ministerial draft to balance sheet control and further regulations

Das Bundesministerium der Finanzen (BMF) und das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) haben am 26. Oktober 2020 den **Referentenentwurf** für ein Gesetz zur Stärkung der Finanzmarktintegrität (Finanzmarktintegritätsstärkungsgesetz – FISG) veröffentlicht.

Mit dem FISG verfolgt der Gesetzgeber insbesondere zwei Ziele: zum einen die Einführung eines stärker staatlich geprägten Bilanzkontrollverfahrens, einschließlich neuer Befugnisse der BaFin gegenüber Kapitalmarktunternehmen bei Verdacht von Bilanzverstößen, einem BaFin-Prüfungsrecht gegenüber kapitalmarktorientierten Unternehmen und eine weitergehende Regulierung der Abschlussprüfung; zum anderen sollen die Aufsichtsstrukturen und die Befugnisse der BaFin bei der Prüfung von Auslagerungen seitens der Finanzdienstleistungsunternehmen erweitert werden. Hierzu sind eine Vielzahl von gesetzlichen Änderungen im Aufsichts-, Handels- und Finanzmarktrecht vorgesehen.

Der Verband möchte die folgenden Änderungen hervorheben:

Wertpapierhandelsgesetz (WpHG)

Das Bilanzkontrollverfahren soll künftig vollständig im WpHG geregelt werden: neben der Novellierung der Prüfungsrechte zur Rechnungslegung und der Ermittlungsbefugnisse der BaFin nach § 107 WpHG-E bei Unternehmen i. S. d. § 106 WpHG soll die Einrichtung einer Prüfstelle für Rechnungslegung künftig in einem neuen § 107a WpHG-E geregelt werden, einschl. Folgeänderungen in §§ 108 - 110 WpHG-E. Die §§ 342b - 342e HGB entfallen entsprechend.

Kreditwesengesetz (KWG)

- Aufnahme der bisherigen Legaldefinition eines Auslagerungsunternehmens aus § 44 Abs. 1 S. 2 KWG in § 1 Abs. 10 KWG-E und zugleich Erweiterung auch auf nicht-wesentliche Auslagerungen und auf Subauslagerungen,
- Anzeigepflichten für Institute über die Absicht einer wesentlichen Auslagerung, den Vollzug einer wesentlichen und nicht wesentlichen Auslagerung sowie jede Änderung der Beurteilung der Wesentlichkeit einer Auslagerung, § 24 Abs. 1 Nr. 18 KWG-E,

On 26 October 2020, the German Federal Ministry of Finance and the German Federal Ministry of Justice and Consumer Protection published their **draft** for an act to strengthen financial market integrity.

With the new law, the legislator is pursuing two objectives in particular: on the one hand, the introduction of a balance sheet control procedure that is more strongly influenced by the authorities, including new competencies for BaFin vis-à-vis capital market companies in the event of suspected balance sheet violations, a BaFin audit right vis-à-vis capital market-oriented companies and a more extensive regulation of the audit of annual accounts; on the other hand, the supervisory structures and the powers of BaFin in the audit of outsourcing by financial services companies are to be expanded. To this end, the draft provides for a large number of legal changes in supervisory, commercial and financial market law.

The Association would like to highlight the following amendments:

Securities Trading Act (WpHG)

In future, the balance sheet control procedure is to be fully regulated in the WpHG: in addition to the amendment of the audit rights for financial reporting and the investigative powers of BaFin in accordance with sec. 107 WpHG-draft for companies within the meaning of sec. 106 WpHG, the establishment of a Financial Reporting Enforcement Panel is to be regulated in a new sec. 107a WpHG-draft, including consequential amendments to sec. 108 - 110 WpHG-draft. The sec. 342b - 342e HGB will be abolished accordingly.

German Banking Act (KWG)

- Incorporation of the previous legal definition of an outsourcing company from sec. 44 para. 1 sent. 2 KWG into sec. 1 para. 10 KWG-draft and at the same time extension also to non-essential outsourcing and sub outsourcing,
- notification obligations for institutions regarding the intention of a significant outsourcing, the execution of a significant and non-significant outsourcing and any change in the assessment of the materiality of an outsourcing, sec. 24 para. 1 No. 18 KWG-draft,

- Anpassungen bei den Vorschriften zur Auslagerung von Aktivitäten und Prozessen in § 25b KWG, u. a. Erfordernis für Auslagerungsunternehmen in Drittstaaten, einen inländischen Zustellungsbevollmächtigten zu benennen (§ 25 Abs. 3 S. 4 KWG-E),
- Anordnungsbefugnisse der BaFin gegenüber Auslagerungsunternehmen, sowohl aufsichtsrechtlich (§ 25 Abs. 4a KWG-E) als auch geldwäscherechtlich (§ 25h Abs. 5 KWG-E),
- Klarstellung der Auskunfts- und Prüfungsrechte gegenüber Auslagerungsunternehmen gemäß § 44 KWG.

Kapitalanlagegesetzbuch (KAGB)

- Erfordernis eines inländischen Zustellungsbevollmächtigten bei Auslagerungsunternehmen in Drittstaaten, § 36 Abs. 1 S. 1 Nr. 7 HS. 2 KAGB-E,
- BaFin-Anordnungsbefugnis gegenüber Auslagerungsunternehmen, § 36 Abs. 5a KAGB-E.

Handelsgesetzbuch (HGB)

- Anwendbarkeit der Prüfungsvorschriften bei Kapitalgesellschaften gemäß §§ 316 - 324a HGB bei jenen Kapitalgesellschaften, die auch Unternehmen von öffentlichem Interesse sind, nur insoweit, wie sie nicht auch in den Anwendungsbereich der **Verordnung (EU) Nr. 537/2014** fallen (§ 316a HGB-E). Unternehmen von öffentlichem Interesse sind Unternehmen,
 1. die kapitalmarktorientiert im Sinne des § 264d HGB sind,
 2. CRR-Kreditinstitute sowie
 3. bestimmte Versicherungsunternehmen
 (vgl. auch **Liste der Unternehmen von öffentlichem Interesse** der Wirtschaftsprüferkammer gemäß § 319a HGB; Stand: November 2019);
- verpflichtende externe Prüferrotation nach zehn Jahren aufgrund der Streichung der nach § 318 Abs. 1a HGB möglichen Verlängerung der Höchstlaufzeit des Prüfungsmandats,
- Erweiterung der zivilrechtlichen Haftung des Abschlussprüfers gegenüber dem geprüften Unternehmen in § 323 Abs. 2 HGB-E),
- verpflichtende Einrichtung eines Prüfungsausschusses bei Unternehmen von öffentlichem Interesse, die keinen Aufsichts- oder Verwaltungsrat aufweisen können, der die Voraussetzungen des § 100 Abs. 5 des Aktiengesetzes erfüllt (§ 324 HGB-E); dies gilt auch bei Kreditinstituten die nicht Kapital- oder Personenhandelsgesellschaft sind (§ 340k Abs. 5 S. 1 HGB-E); ausgenommen sollen sein

- adjustments to the provisions on the outsourcing of activities and processes in sec. 25b KWG, including the requirement for outsourcing companies in third countries to appoint a domestic authorised recipient (sec. 25 para. 3 sent. 4 KWG-draft),
- regulatory powers for BaFin vis-à-vis outsourcing companies, both in terms of supervisory law (sec. 25 para. 4a KWG-draft) and money laundering law (sec. 25h para. 5 KWG-draft),
- Clarification of information and auditing rights vis-à-vis outsourcing companies in accordance with sec. 44 KWG.

German Investment Code (KAGB)

- Requirement of an authorised domestic recipient in the case of outsourcing companies in third countries, sec. 36 para. 1 sent. 1 no. 7 hs 2 KAGB-draft,
- Competencies for BaFin to issue orders to outsourcing companies, sec. 36 para. 5a KAGB-draft.

German Commercial Code (HGB)

- Applicability of the audit regulations for corporations pursuant to sec. 316 - 324a HGB to those corporations that are also public interest entities (so-called PIE) only to the extent that they do not also fall within the scope of **Regulation (EU) No. 537/2014** (sec. 316a HGB-draft). Companies of public interest are companies,
 1. which are capital market oriented as defined by sec. 264d HGB,
 2. CRR credit institutions and
 3. certain insurance undertakings
 (cf. also the **list of companies of public interest** published by the Chamber of Public Accountants in accordance with sec. 319a HGB; as of November 2019);
- mandatory external audit rotation after ten years due to the deletion of the possible extension of the maximum term of the audit mandate under sec. 318 para. 1a HGB,
- extension of the civil law liability of the auditor to the audited company in sec. 323 para. 2 HGB-draft,
- mandatory establishment of an audit committee at companies of public interest that do not have a supervisory or administrative board that meets the requirements of sec. 100 para. 5 of the German Stock Corporation Act (sec. 324 HGB-draft); this also applies to banks that are not corporations or partnerships (sec. 340k para. 5 HGB-draft); this does not apply to issuing vehicles, CRR credit

Emissionsvehikel, CRR-Kreditinstitute, die am Kapitalmarkt nur Schuldtitel in einem Volumen von max. 100 Mio. Euro begeben und nicht der Prospektspflicht unterliegen, sowie Investmentvermögen i. S. d. § 1 Abs. 1 KAGB,

- bei Kredit- und Finanzdienstleistungsinstituten keine Geltung der Bußgeldvorschriften des § 334 HGB, sondern die des novellierten § 340n HGB-E.

Einführungsgesetz zum Handelsgesetzbuch

Die vorgesehenen Neuerungen im HGB sollen bei gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen erstmals für das nach dem 31. Dezember 2021 beginnende Geschäftsjahr anzuwenden sein. Die handelsrechtlichen Vorgaben vor Inkrafttreten des FSIG sollen letztmals anzuwenden sein auf alle gesetzlich vorgeschriebenen Abschlussprüfungen für das vor dem 1. Januar 2022 beginnende Geschäftsjahr.

Das FSIG soll ausgenommen der Änderungen beim Bilanzkontrollverfahren grundsätzlich am Tag nach der Verkündung in Kraft treten.

Der Verband nimmt die Anmerkungen seiner Mitglieder für eine Stellungnahme gegenüber den beiden federführenden Ministerien gerne bis zum 4. November 2020 entgegen, bestenfalls per E-Mail an wolfgang.vahldiek@vab.de und andreas.kastl@vab.de.

institutions that only issue debt instruments with a maximum volume of EUR 100 million on the capital market and that are also not subject to the prospectus requirement, and investment funds as defined in sec. 1 para. 1 KAGB,

- in the case of credit and financial services institutions, the penalty provisions of sec. 334 HGB do not apply, but rather those of the amended sect. 340n HGB-draft.

Introductory Act to the German Commercial Code

The planned amendments to the German Commercial Code are to be applied for the first time to the financial year beginning after 31 December 2021 for statutory audits. The provisions of the German Commercial Code prior to the entry into force of the FSIG are to be applied for the last time to all statutory audits of financial statements for the financial year beginning before 1 January 2022.

With the exception of the changes in the balance sheet control procedure, the FSIG shall basically enter into force on the day after its publication.

The Association welcomes the comments of its members for a position paper to the two competent ministries by 4 November 2020, at best by e-mail to wolfgang.vahldiek@vab.de and andreas.kastl@vab.de.



Andreas Kastl

MaRisk-Novelle | MaRisk Amendments

BaFin startet Konsultation der Novelle 2021 | BaFin initiates consultation of 2021 amendments

Am 26. Oktober 2020 hat die BaFin die erwartete **Konsultationsfassung** der MaRisk-Novelle 2021 veröffentlicht.

Neben weiteren Änderungen aufgrund der Verwaltungspraxis enthält der Entwurf Anpassungen zur Umsetzung verschiedener Leitlinien der EBA:

On 26 October 2020, BaFin published the **consultation draft** of the 2021 amendments of MaRisk (Minimum requirements for risk management).

In addition to further amendments based on supervisory practice, the draft includes the implementation of several EBA guidelines:

- Guidelines on management of non-performing and forborne exposures – NPL Guidelines
- Guidelines on outsourcing arrangements – Outsourcing Guidelines
- Guidelines on ICT and Security Risk Management – ICT Guidelines

Die Umsetzung der NPL Guidelines löst dabei die folgenden Punkte aus:

- Institute mit einer Quote notleidender Kredite von 5% oder mehr haben Strategien für notleidende Risikopositionen zu entwickeln, um einen Abbau der notleidenden Risikopositionen über einen realistischen, aber hinreichend ambitionierten Zeithorizont, anzustreben.
- High-NPL-Institute unterliegen höheren Anforderungen an die Ausgestaltung der Risikocontrolling-Funktion, haben eine spezialisierte Abwicklungseinheit einzurichten und haben in den Risikoberichten eine gesonderte Darstellung von notleidenden und Forborne-Risikopositionen aufzunehmen.
- Alle Institute haben umfassende Anforderungen an die Forbearance einzuhalten. Sie sollen solide Forbearance-Prozesse einrichten sowie eine Forbearance-Richtlinie entwickeln.
- Weitere neue Anforderungen betreffen u. a. die Erfassung notleidender Risikopositionen, Wert-minderungen, Abschreibungen, die Bewertung von Sicherheiten.

Folgende Aspekte der Anforderungen wurden aufgrund der Outsourcing Guidelines überarbeitet:

- Onboarding: Risikoanalyse, Bestimmung der Wesentlichkeit, Ausgestaltung des Auslagerungsvertrages sowie die Steuerung und Überwachung der Risiken von Auslagerungsvereinbarungen.
- Institute sollen einen zentralen Auslagerungs-beauftragten bestimmen. Das zentrale Auslagerungs-management, das das Institut abhängig von Art, Umfang und Komplexität der Auslagerungsaktivitäten einzurichten hat, dient der Unterstützung des Auslagerungs-beauftragten. Es kann auf Gruppenebene eingerichtet werden.
- Institute müssen ein Auslagerungsregister vorhalten.
- Eine vollständige Auslagerung der Risikocontrolling-Funktion, Compliance-Funktion und der internen Revision kann nun auch auf Schwesterinstitute innerhalb einer Institutsgruppe erfolgen.

Die ICT Guidelines werden in den BAIT, zu denen eine besondere Konsultation läuft, und hinsichtlich des Notfallmanagements in den MaRisk umgesetzt:

- Guidelines on management of non-performing and forborne exposures – NPL Guidelines
- Guidelines on outsourcing arrangements – Outsourcing Guidelines
- Guidelines on ICT and Security Risk Management – ICT Guidelines

The implementation of the NPL Guidelines implies the following issues:

- Institutions with a rate of non-performing exposures of 5 per cent or more have to develop strategies for these exposures, in order to strive to reduce non-performing risk positions over a realistic but sufficiently ambitious time horizon.
- High-NPL institutions are subject to more stringent requirements with regard to the structure of the risk control function, must set up a specialized processing unit and must include a separate presentation of non-performing and forborne risk positions in the risk reports.
- All institutions have to comply with comprehensive requirements regarding forbearance. They should establish sound forbearance processes and develop a forbearance policy.
- Other new requirements include the recognition of non-performing risk positions, impairments, write-downs, the measurement of collateral.

The following aspects were revised due to the Outsourcing Guidelines:

- Onboarding: risk analysis, determination of materiality, design of the outsourcing agreement as well as controlling and monitoring the risks of outsourcing agreements.
- Institutions should appoint a central outsourcing officer. The central outsourcing management, which the institute must set up depending on the type, scope and complexity of the outsourcing activities, serves to support the outsourcing officer. It can be set up at group level.
- Institutions must maintain an outsourcing register.
- A complete outsourcing of the risk controlling function, compliance function and internal audit can now also be carried out by affiliate institutions within a group of institutions.

The ICT guidelines are implemented in BAIT, on which a special consultation is underway, and in MaRisk with regard to emergency management:

- Auswirkungenanalyse zeitkritischer Prozesse
- Darstellungen von Ersatzlösungen und Rückkehr zum Normalbetrieb im Notfallkonzept
- Überprüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des Notfallkonzepts

Weitere Aktualisierungen der MaRisk betreffen u. a. die Bereiche operationelle Risiken, Handelsgeschäfte, Liquidität, und Risikotragfähigkeit.

Die Novelle hat herausragende Bedeutung für die Belange unserer Mitgliedsinstitute. Wir werden daher umfassend Stellung nehmen. Anmerkungen und Vorschläge, sowie Einschätzungen zu den Auswirkungen der geplanten Änderungen, sind willkommen (Frist: 30. November 2020).

- Impact analysis of time critical processes
- Presentation of alternative solutions and return to normal operation in an emergency concept
- Review of the effectiveness and appropriateness of the emergency plan

Further updates to MaRisk relate to operational risks, trading transactions, liquidity, and risk-bearing capacity, among other things.

The amendment is of outstanding importance for the interests of our member banks. We will therefore comment on it in detail. Comments and suggestions, as well as assessments of the effects of the planned amendments, are welcome (deadline: 30 November, 2020).



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

BAIT | Supervisory Requirements on IT

Öffentliche Konsultation der BaFin gestartet | Public consultation launched by BaFin

Die BaFin hat am 26. Oktober 2020 den **Entwurf** des überarbeiteten und erweiterten Rundschreibens „Bankaufsichtliche Anforderungen an die IT“ (BAIT) zur **Konsultation** gestellt (siehe auch **BaFin-Anschreiben** vom 26. Oktober 2020).

Mit der Novelle übernimmt die BaFin die Leitlinien der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde (EBA) für das Management von IKT- und Sicherheitsrisiken vom 28. November 2019 (**EBA/GL/2019/04**) in die BAIT.

Der Verband hatte seine Mitglieder im Vorfeld über die Entwicklung des Entwurfs im BaFin-Fachgremium IT informiert (siehe **VAB-Bericht** vom 30. Juni 2020 und **VAB-Bericht** vom 23. März 2020) und zum ersten Entwurf eine **Stellungnahme** gegenüber der BaFin abgegeben.

Im Vergleich mit den gegenwärtig gültigen BAIT gemäß **BaFin-Rundschreiben 10/2017 (BA)** in der Fassung vom 14. September 2018 sehen die neuen BAIT neue Kapitel vor:

- 5: Operative Informationssicherheit,
- 10: Notfallmanagement,
- 11: Kundenbeziehungen mit Zahlungsdienstnutzern.

On 26 October 2020, BaFin released its **draft** of a revised and enlarged Circular on supervisory requirements for IT in banks (so-called *BAIT*) and launched a corresponding **consultation** (cf. also **BaFin cover letter** dated 26 October 2020).

With these amendments, BaFin wants to apply the Guidelines of the European Banking Authority (EBA) on ICT and security risk management of 28 November 2019 (**EBA/GL/2019/04**) as part of the BAIT.

Prior to this, the Association informed its members about the development of the draft in the BaFin expert committee on IT (cf. **VAB report** of 30 June 2020 and **VAB report** of 23 March 2020) and sent a **position paper** to BaFin regarding the first draft.

In comparison to the current valid BAIT according to the **BaFin Circular 10/2017 (BA)** in the version of 14 September 2020, the new BAIT comprise new chapters:

- 5: operational information security,
- 10: emergency management,
- 11: customer relations with payment service users.

Das Notfallmanagement ist zudem Gegenstand der gegenwärtig **konsultierten MaRisk-Novelle**.

Der Verband nimmt Anmerkungen seiner Mitglieder zum BAIT-Entwurf gerne bis zum 16. November 2020 entgegen, bestenfalls per E-Mail an **andreas.kastl@vab.de**. Eine englische Übersetzung wird der Verband zum finalen Rundschreiben der BaFin erstellen.



Andreas Kastl

The emergency management is also part of the current **consultation of BaFin's MaRisk**.

The Association welcomes the remarks of its members concerning the BAIT draft until 16 November 2020, best per e-mail to **andreas.kastl@vab.de**. The Association will conduct an English translation of the final BaFin Circular.

3.1 Brüssel | Brussels

EU-Resilienzvorschriften | EU Rules on Resilience

Gesetzgebungsvorschläge zur Behandlung von IKT-Risiken im Finanzsektor | Legislative proposals concerning the treatment of ICT risks in the financial sector

Die Europäische Kommission hat am 24. September 2020 Entwürfe für eine **Verordnung** [2020/0266 (COD)] und für eine (Omnibus-)**Richtlinie** [2020/0268 (COD)] zur Verbesserung der Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyberangriffen im Finanzsektor veröffentlicht.

Der Verordnungsvorschlag sieht bei den erfassten Unternehmen des Finanzsektors einen umfassenden persönlichen Anwendungsbereich in Art. 2 vor, der unter anderem Kreditinstitute, Zahlungsinstitute und Wertpapierfirmen umfasst.

Die Verordnung soll gemäß Art. 1 Abs. 2 als sektorspezifischer Rechtsakt bei den Betreibern kritischer Infrastrukturen des Finanzsektors Vorrang vor den nationalen Bestimmungen zur Umsetzung der NIS-Richtlinie haben (vgl. Art. 1 Abs. 7 **NIS-Richtlinie (EU) 2016/1148**).

Die Governance-bezogenen Anforderungen in Art. 4 sehen vor, dass das Leitungsorgan der regulierten Einheiten eine entscheidende, aktive Rolle bei der Gestaltung des Rahmenwerks für das IKT-Risikomanagement übernehmen muss. Für alle IKT-bezogenen Funktionen sollen Rollen und Verantwortlichkeiten eindeutig zugewiesen werden.

On 24 September 2020, the European Commission presented drafts for a **Regulation** [2020/0266 (COD)] and for an (omnibus) **Directive** [2020/0268 (COD)] on the improvement of digital operational resilience for the financial sector.

With respect to the encompassed companies of the financial sector, the proposal of the Regulation provides for an extensive personal scope of application that covers inter alia, credit institutions, payment institutions, and investment firms.

According to Art. 1 para. 2 of the Regulation, it shall be considered as a sector-specific legal act in relation to financial entities identified as operators of essential services that takes precedence over the national implementations of the NIS Directive (cf. Art. 1 para. 7 of the **NIS Directive (EU) 2016/1148**).

The Governance related requirements in Art. 4 stipulate that the management body of regulated entities shall be required to maintain a crucial, active role in steering the ICT risk management framework. There shall be an assignment of clear roles and responsibilities for all ICT-related functions established, too.

Nach den Anforderungen zum IKT-Risikomanagement gemäß Art. 5 bis 14 sollen Finanzinstitute unter anderem dazu verpflichtet werden:

- belastbare IKT-Systeme und Tools, die das IKT-Risiko in seinen Auswirkungen minimieren können, einzurichten und beizubehalten,
- kontinuierlich alle Quellen von IKT-Risiken zu identifizieren,
- Schutz- und Präventionsmaßnahmen einzurichten,
- in der Lage zu sein, anomale Aktivitäten sofort zu erkennen, als auch
- dedizierte und umfassende Grundsätze der Geschäftskontinuität, sowie Katastrophen- und Wiederherstellungspläne als integraler Bestandteil der betrieblichen Geschäftskontinuitätspolitik einzuführen.

Darüber hinaus zielen die Anforderungen von Art. 15 bis 20 darauf ab, ein europäisches Rahmenwerk für das Berichtswesen über IKT-bezogene Vorfälle zu etablieren. Das Berichtswesen soll mit einer gemeinsamen Meldevorlage und nach einem harmonisierten Verfahren, das von den ESAs entwickelt werden soll, durchgeführt werden. Hierbei ist anzuerkennen, dass Art. 19 die europäischen Behörden anweist, die Machbarkeit einer einheitlichen Meldestelle bei schwerwiegenden IKT-bezogenen Vorfällen durch Finanzinstitute zu prüfen.

Neben den Bestimmungen zum Testen der Widerstandsfähigkeit (Art. 21 bis 24) enthält der Verordnungsentwurf auch regulatorische Anforderungen in Bezug auf das IKT-Risiko bei Drittdienstleistern (Art. 25 bis 39). Dazu gehören auch Anforderungen in Bezug auf die vertraglichen Vereinbarungen, die zwischen IKT-Drittdienstleistern und Finanzinstituten geschlossen werden.

Abschließende Bestimmungen der Verordnung, als auch die vorgeschlagene Richtlinie, dienen der Anpassung bestehender Rechtsakte auf EU-Ebene. Beide Rechtsakte sollen grundsätzlich 12 Monate nach Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft treten.

Insgesamt weisen die Gesetzgebungsvorschläge der Kommission Ähnlichkeiten mit den EBA-Leitlinien zum Management von IKT- und Sicherheitsrisiken vom 28. November 2019 ([EBA/GL/2019/04](#)) auf (siehe [VAB-Bericht](#) vom

According to the ICT risk management requirements as laid down in Art. 5 to 14, financial entities shall – inter alia – be required:

- to set-up and maintain resilient ICT systems and tools that minimize the impact of ICT risk,
- to identify on a continuous basis all sources of ICT risk,
- to set-up protection and prevention measures,
- to be able to promptly detect anomalous activities, and
- to put in place dedicated and comprehensive business continuity policies and disaster and recovery plans as an integral part of the operational business continuity policy.

Furthermore, the requirements of Art. 15 to 20 establish a European framework on ICT-related incident reporting by which only ICT-related incidents. The reporting should be processed using a common template and following a harmonised procedure as developed by the ESAs. It has to be acknowledged that Art. 19 instructs the European authorities to assess the feasibility of a single EU Hub for major ICT-related incident reporting by financial entities.

Besides the provisions on digital operational resilience testing (Art. 21 to 24), the draft regulation also contains regulatory requirements with regards to ICT third-party risk (Art. 25 to 39). This includes also requirements in relation to the contractual arrangements concluded between ICT third-party service providers and financial entities.

The Regulation's concluding provisions as well as the proposed directive provide for necessary amendments to existing legal acts on EU level. Both legal acts have in common a general entry into force 12 months after publication in the EU Official Journal.

Overall, the Commission's legislative proposals show similarities with the EBA Guidelines on ICT and security risk management of 28 November 2019 ([EBA/GL/2019/04](#)) (see [VAB report](#) of 29 November 2019), which are to be

29. November 2019), die in Deutschland im Rahmen der Überarbeitung der bankaufsichtlichen Anforderungen an die IT (BAIT) der BaFin umgesetzt werden sollen (vgl. u. a. **VAB-Bericht** vom 23. März 2020). Zu beachten ist jedoch, dass die endgültige Verordnung direkt anwendbares Recht in allen Mitgliedstaaten darstellen wird. Die Verordnung ist inhaltlich auch nicht als Ersatz der europäischen NIS-Richtlinie anzusehen. In diesem Zusammenhang sei auch auf die **Stellungnahme** vom 2. Oktober 2020 verwiesen, mit der sich der Verband an der öffentlichen Konsultation zur Überprüfung der NIS-Richtlinie (siehe **VAB-Bericht** vom 10. Juli 2020) beteiligt hat.

Der Verband nimmt die Anmerkungen seiner Mitglieder für eine etwaige Rückmeldung an die Kommission gerne bis zum 2. November 2020 entgegen, bestenfalls per E-Mail an andreas.kastl@vab.de.

implemented in Germany within the framework of the revision of the prudential requirements for IT (BAIT) originated by BaFin (see inter alia **VAB report** of 23 March 2020). However, it should be noted that the final Regulation will become directly applicable law in all Member States. The Regulation should not be seen as a replacement for the European NIS Directive either. In this context, we refer to the **position paper** of 2 October 2020 with which the Association participated in the public consultation on the review of the NIS Directive (see **VAB report** of 10 July 2020).

The Association welcomes the comments of its members for eventual feedback to the Commission by 2 November 2020, at best via e-mail to andreas.kastl@vab.de.



Andreas Kastl

EU-Agenda zum Zahlungsverkehr | EU-Agenda on Payments

Strategiepapiere der Europäischen Kommission veröffentlicht | Strategy papers of European Commission published

Die Europäische Kommission hat Ende September 2020 ihre **Strategie** für ein digitales Finanzwesen in der EU und ihre **EU-Strategie** für den Massenzahlungsverkehr in der EU vorgestellt. Der Verband möchte die folgenden Inhalte hervorheben:

Strategie für ein digitales Finanzwesen in der EU

Im Zuge der Förderung des Austauschs von Daten zwischen Unternehmen im EU-Finanzsektor und darüber hinaus (offenes Finanzwesen) wird die Kommission in 2021 mit der Überprüfung der Zahlungsdiensterichtlinie (**PSD2**) beginnen und dabei auch ihren Anwendungsbereich bewerten.

EU-Strategie für den Massenzahlungsverkehr

- **Sofortzahlungen als „neue Normalität“**
- Das Ziel der Kommission besteht in der vollständigen Einführung eines Sofortzahlungssystems in der EU bis Ende 2021.

By the end of September 2020, the European Commission presented its Digital Finance **Strategy** for the EU and its Retail Payments **Strategy** for the EU. The Association would like to highlight the following contents:

Digital Finance Strategy for the EU

In order to promote business-to-business data sharing in the EU financial sector and beyond (open finance), the European Commission will launch the review of the Payment Services Directive (**PSD2**) in 2021, including an assessment of its scope.

Retail Payments Strategy for the EU

- **Instant payments as the ‘new normal’**
- The Commission is aiming for the full implementation of an instant payment system in the EU by the end of 2021.

- Daher wird sie im November 2020, d. h. nach Ablauf des in der SEPA-Verordnung festgelegten befristeten Freistellungszeitraums für die Erfüllung der Anforderungen bezüglich des Beitritts zum SEPA Instant Credit Transfer (SCT Inst.) Scheme prüfen, wie viele Zahlungsdienstleister und wie viele Konten SEPA-Sofortüberweisungen senden und empfangen können. Die Kommission wird prüfen, ob diese Zahlen zufriedenstellend sind und auf dieser Grundlage entscheiden, ob Rechtsvorschriften angezeigt sind, **um Zahlungsdienstleister bis Ende 2021 zum Beitritt zum SCT Inst. Scheme zu verpflichten**. Im Falle seiner Annahme würde dieser Vorschlag auch Kriterien darüber enthalten, für welche Zahlungsdienstleister (**also auch Kreditinstitute**) die Teilnahme verpflichtend vorgeschrieben werden sollte.
- **PSD2: Überprüfung der APIs**
 - Aus Sicht der Kommission erschweren die vielen verschiedenen Standards für Anwendungsprogrammierschnittstellen (APIs) für die PSD2-Kontenschnittstelle sowie die unterschiedlichen API-Funktionalitätsebenen, die Dienstbringung durch Drittanbieter, wie Zahlungsauslösedienste (PIS) und Kontoinformationsdienste (AIS).
- **PSD2: Maßnahmen gegen Betrug im Zahlungsverkehr**
 - Im Hinblick auf Zahlungen, die ein höheres Betrugsrisiko bergen, wird die Kommission prüfen, ob ein verpflichtender Abgleich zwischen dem Namen und der IBAN des Begünstigten wirksam dazu beitragen kann, Betrugsfälle zu verhindern.
 - Um gegen Phishing vorzugehen, wird es aus Sicht der Kommission von zentraler Bedeutung sein, dass die Zahlungsdienstleister in der EU international anerkannte Kontrollen einführen, wie z. B. *Domain-based Message Authentication, Reporting and Conformance (DMARC)*.
- **Effizienter internationaler Zahlungsverkehr, einschl. Finanztransfers**
 - Verknüpfungen zwischen europäischen Sofortzahlungssystemen wie TARGET Instant Payment System (TIPS) oder RT1 und Sofortzahlungssystemen von **Drittländern** sollten ermöglicht werden, sofern technisch durchführbar. Außerdem müsse vorausgesetzt werden, dass in diesen Drittländern ein angemessener Verbraucherschutz herrscht, Betrug sowie Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung angemessen bekämpft werden und geeignete Maßnahmen zur Minderung der Risiken aufgrund von Abhängigkeiten bestehen.
- Therefore, the Commission will assess in November 2020, i.e. at the expiration of the temporary exemption period set by the SEPA Regulation for meeting the adherence requirements of the SEPA Instant Credit Transfer (SCT Inst.) Scheme, the number of payment service providers as well as the number of accounts able to send and receive SEPA instant credit transfers. The Commission will assess whether these numbers are satisfactory and, on that basis, decide whether it is appropriate to propose legislation **requiring payment service providers' adherence to the SCT Inst. Scheme by the end of 2021**. Such a proposal, if adopted, would lay down the criteria for determining which payment service providers (**this includes of course credit institutions**) should be subject to obligatory participation.
- **PSD2: Review of APIs**
 - In the Commission's view, the existence of many different application programming interfaces (API) standards for the PSD2 account interface, as well as different API functionality levels, have presented challenges for third party provider, such as payment initiation services (PIS) and account information services (AIS).
- **PSD2: Prevention of payment-related fraud**
 - For payments posing a higher fraud risk, the Commission will assess whether requiring a mandatory match between the beneficiary name and IBAN may be effective in preventing frauds.
 - To counter phishing, the Commission states that it will be of key importance that payment service providers in the EU adopt internationally recognized controls, such as domain-based message authentication, reporting and conformance (**DMARC**).
- **Efficient international payments, incl. remittances**
 - Linkages between European instant payment systems such as TARGET Instant Payment System (TIPS) or RT1 and instant payment systems of **third countries** shall become possible, if technically feasible. For this, several conditions must be met, such as an appropriate level of consumer protection, a certain level of the prevention of fraud, money laundering and the financing of terrorism, as well as sound measures for risks mitigation due to interdependencies.

- Da Sofortzahlungen auch auf internationaler Ebene zur Norm werden wird die Kommission im Rahmen der Überprüfung der PSD2 beurteilen, ob vorgeschrieben werden sollte, dass die maximale Ausführungszeit bei Zahlungsvorgängen, bei denen sowohl der Zahler als auch der Zahlungsempfänger in der EU ansässig ist („Two-Leg-Transaktionen“), auch für Zahlungen, **bei denen lediglich einer der Beteiligten in der EU ansässig ist** („One-Leg-Transaktionen“), gelten sollte.

Der Verband nimmt die Anmerkungen seiner Mitglieder zu den beiden Strategiepapieren, insbesondere zu den hier hervorgehobenen Punkten, gerne entgegen.

- As instant payments also become the norm internationally, the Commission will assess in the context of its PSD2 review the appropriateness of requiring that the maximum execution time in ‘two-leg’ transactions (i. e. in which both payer and payee are domiciled in the EU) should also apply to ‘one-leg’ transactions (i. e. **in which only one person involved is domiciled in the EU**).

The Association welcomes the comments of its members on the two strategy papers, in particular on the points highlighted here.



Andreas Kastl

Schwarmfinanzierung | Crowdfunding

Verordnung zur Schwarmfinanzierung im EU-Amtsblatt veröffentlicht | Regulation on crowdfunding published in the official journal of the EU

Am 20. Oktober 2020 wurde die **Verordnung (EU) 2020/1503** über Europäische Schwarmfinanzierungsdienstleister für Unternehmen und zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/1129 und der Richtlinie (EU) 2019/1937 (Schwarmfinanzierungsverordnung) im Amtsblatt der EU veröffentlicht.

Die Verordnung beinhaltet einheitliche Anforderungen an

- die Erbringung von Schwarmfinanzierungsdienstleistungen,
- die Zulassung, Organisation und Beaufsichtigung von Schwarmfinanzierungsdienstleistern,
- den Betrieb von Schwarmfinanzierungsplattformen und
- Marketingmitteilungen und Transparenz in Bezug auf die Erbringung von Schwarmfinanzierungsdienstleistungen.

Die Zulassung als Schwarmfinanzierungsdienstleister wird bei der zuständigen nationalen Aufsichtsbehörde beantragt werden können. Im Rahmen des Zulassungsverfahrens sind Angaben oder Dokumente, die zuvor zum Zweck einer anderen, bereits erteilten Zulassung als Kreditinstitut oder Wertpapierfirma eingereicht wurden, dann nicht erneut einzureichen.

Die Verordnung gilt ab dem 10. November 2021.

On 20 October 2020 the **Regulation (EU) 2020/1503** on European crowdfunding service providers for business, and amending Regulation (EU) 2017/1129 and Directive (EU) 2019/1937 (crowd funding regulation) was published in the official journal of the EU.

The regulation contains uniform requirements for

- the provision of crowdfunding services,
- the organisation, authorisation and supervision of crowdfunding service providers,
- the operation of crowdfunding platforms and
- marketing communications and transparency in relation to the provision of crowdfunding services.

It will be possible to apply to the national competent authority for authorisation as a crowd funding service provider. During the authorisation process, no information or documents previously submitted for the purpose of another authorisation as a credit institution or investment firm already granted need to be submitted.

The regulation shall apply from 10 November 2021.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Konsultation zur AIFMD | Consultation on AIFMD

Öffentliche Konsultation zur Überarbeitung der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (AIFMD) | Public consultation on the review of the alternative investment fund managers directive (AIFMD)

Die Europäische Kommission hat eine öffentliche **Konsultation** in Form eines **Online-Fragebogens** zu der Richtlinie über die Verwalter alternativer Investmentfonds (**AIFMD**) eingeleitet.

Die Kommission erhofft sich durch den Beitrag verschiedener Interessengruppen Erkenntnisse zu erlangen, wie der Markt für alternative Investmentfonds (AIF) in der EU effizienter, stabiler und wettbewerbsfähiger gestaltet werden kann.

Die Konsultation umfasst u.a. folgende Themen:

- Vorteile, Risiken und eine mögliche Ausgestaltung eines EU-Passes für Verwahrstellen;
- mögliche Regularien für das Tri-party Collateral Management;
- andere internationale Themen wie z.B. Wettbewerbsfähigkeit und die Behandlung von Nicht-EU-AIFs;
- Wirksamkeit und mögliche Erweiterungen der aufsichtsrechtlichen Instrumente zur effektiven Handhabung systemischer Risiken (insb. Meldepflichten);
- Fragen zum Anlegerschutz inkl. Klassifizierung von Anlegern (vorgeschlagen wird ein Querverweis auf die entsprechenden Regelungen in MiFID II).

Der Verband nimmt Anmerkungen seiner Mitglieder zu dieser Konsultation gerne bis zum 15. Januar 2021 entgegen.

The European Commission has launched a public **consultation** in the form of an **online questionnaire** on the Alternative Investment Fund Managers Directive (**AIFMD**).

The Commission will use the input from interested parties to gain insights into how the market for alternative investment funds (AIF) in the EU can be made more efficient, stable and competitive.

The consultation includes among others the following topics:

- benefits, risks and a possible design of an EU passport for depositaries;
- possible regulations for the tri-party collateral management;
- other international issues such as competitiveness and the treatment of non-EU AIFs;
- effectiveness and possible expansion of supervisory instruments for the appropriate management of systemic risks (especially reporting requirements);
- questions on investor protection including investor classification (a cross-reference to the corresponding regulations in MiFID II is proposed).

The association welcomes comments from its members on this consultation until 15 January 2021.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Schwerwiegende Vorfälle | Major Incidents

EBA-Konsultation der PSD2-Leitlinien zur Berichterstattung | EBA Consultation on PSD2 Guidelines on Reporting

Am 14. Oktober 2020 leitete die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) eine **öffentliche Konsultation** zur Überarbeitung ihrer Leitlinien für die Meldung schwerwiegender Vorfälle gemäß PSD2 (**EBA/GL/2017/10**) ein. In Deutschland wurden diese Leitlinien von der BaFin in Form des **Rundschreibens 08/2018 (BA)** umgesetzt.

Die nun vorgeschlagenen Änderungen zielen darauf ab, den Meldeprozess zu optimieren und zu vereinfachen, zusätzlich relevante Sicherheitsvorfälle zu erfassen, die Anzahl der zu meldenden betrieblichen Vorfälle zu reduzieren und die Aussagekraft der eingegangenen Vorfalldmeldungen zu verbessern. Daher werden unter anderem die folgenden Änderungen diskutiert:

- Bezüglich des Kriteriums „betroffene Transaktionen“ in L 1.4 (Tabelle) sollen die quantitativen Schwellenwerte, sowohl für die niedrigere, als auch für die höhere Auswirkungsstufe erhöht werden (Frage 1), und ausschließlich für betriebliche Vorfälle soll ein zusätzlicher Schwellenwert für die Dauer des Vorfalls auf niedrigerer Auswirkungsstufe eingeführt werden, d.h. er sollte länger als eine Stunde andauern (Frage 2).
- Um das Meldewesen der Zahlungsverkehrsdienstleister (PSP) zu entlasten schlägt die EBA vor, die regelmäßigen Aktualisierungen des Zwischenberichts zu streichen und die Frist für die Vorlage des Abschlussberichts zu verlängern (Frage 4).
- Um die Qualität der erhobenen Berichte zu verbessern, schlägt die EBA vor, für die Meldung schwerwiegender Vorfälle eine standardisierte Datei zu verwenden, die stärker an andere Berichtsrahmen für schwerwiegende Vorfälle in der EU angeglichen werden soll (Frage 5).

Der Verband nimmt die Anmerkungen seiner Mitglieder zu dieser Konsultation bis zum 1. Dezember 2020 entgegen, am besten per E-Mail an **andreas.kastl@vab.de**.

Schließlich erkennt die EBA selbstverständlich an, dass die Europäische Kommission am 24. September 2020 einen **neuen Gesetzesvorschlag** für einen EU-Rechtsrahmen zur digitalen operationellen Resilienz (**DORA**) veröffentlicht

On 14 October 2020, the European Banking Authority (EBA) launched a **public consultation** on the revision of its guidelines on major incident reporting under PSD2 (**EBA/GL/2017/10**). In Germany, these guidelines were implemented by BaFin in form of the **Circular 08/2018 (BA)**.

The now proposed amendments aims at optimising and simplifying the reporting process, capturing additional relevant security incidents, reducing the number of operational incidents that will be reported, and improving the meaningfulness of the incident reports received. Therefore, the following changes are - inter alia - to be discussed:

- Concerning the criterium “transactions affected” in GL 1.4 (table), the quantitative value thresholds shall be increased both for the lower and the higher impact level (Question 1) and in exclusive regard to operational incidents, an additional threshold shall be introduced on lower impact level concerning the duration of the incident, meaning that it shall last for a period longer than one hour (Question 2).
- Aiming at the reduction of the reporting burden to payment service providers (PSPs), the EBA proposes to remove the regular updates on the intermediate report and to extend the deadline for submission of the final report (Question 4).
- In order to improve the quality of the reports collected, the EBA suggests the use of a standardised file for reporting major incident reports that will be more aligned to other incident reporting frameworks in the EU (Question 5).

The Association welcomes the remarks of its members to this consultation until 1 December 2020, best via e-mail to **andreas.kastl@vab.de**.

Finally, EBA does of course acknowledge that the European Commission published on 24 September 2020 a **new legislative proposal** for an EU regulatory framework on digital operational resilience (**DORA**), which also contains a proposal

hat, der auch einen Vorschlag für die Meldung von Vorfällen enthält, der sich zwar an der PSD2 orientiert, aber über zahlungsbezogene Vorfälle hinausgeht (vgl. auch **VAB-Bericht** vom 8. Oktober 2020). Die endgültigen Details des DORA-Rahmenwerks sollten erst in einigen Jahren bekannt sein und danach wird voraussichtlich weitere Zeit vergehen, bevor diese rechtlich umzusetzen sind. Die in diesem EBA-Konsultationspapier vorgeschlagenen revidierten Leitlinien werden dagegen voraussichtlich im 4. Quartal 2021 in Kraft treten und mindestens so lange anzuwenden sein, bis die DORA-Anforderungen in Kraft treten.

for incident reporting that is inspired by PSD2 but goes beyond payments-related incidents (cf. also **VAB report** of 8 October 2020). The final details of the DORA framework should not be known for several years, after which further time is expected to pass before they become legally applicable. The revised guidelines proposed in this EBA consultation paper, by contrast, are expected to become applicable in Q4 of 2021, and they will remain in force at least until the DORA requirements enter into force.



Andreas Kastl

Solide und geschlechtsneutrale Vergütungspolitik | Sound and Gender-Neutral Remuneration Policies

EBA Konsultation zu überarbeiteten Leitlinien für eine solide Vergütungspolitik | EBA consultation on revised Guidelines on sound remuneration policies

Am 29. Oktober 2020 hat die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) eine **öffentliche Konsultation** zu ihren überarbeiteten Leitlinien für eine solide Vergütungspolitik im Rahmen der Richtlinie 2013/36/EU gestartet.

Institute müssen eine solide Vergütungspolitik für das gesamte Personal anwenden, einschließlich der Mitarbeiter, deren berufliche Tätigkeit sich auf das Risikoprofil des Instituts auswirkt (so genannte identifizierte Mitarbeiter).

In den Leitlinien sind die Anforderungen an diese Vergütungspolitik, die jeweiligen Governance-Regelungen und die Verfahren, die bei der Umsetzung der Vergütungspolitik angewandt werden sollten, im Einzelnen festgelegt.

Dieser überarbeitete Entwurf berücksichtigt die mit der fünften Eigenkapitalrichtlinie (CRD V) eingeführten Änderungen und insbesondere die Anforderung, dass solche Vergütungspolitiken geschlechtsneutral sein sollten.

Der **neue Entwurf** beinhaltet umfangreiche Änderungen, unter anderem in den folgenden Bereichen:

On 29 October 2020 the European Banking Authority (EBA) has launched a **public consultation** on its revised Guidelines on sound remuneration policies under Directive 2013/36/EU.

Institutions must apply sound remuneration policies to all staff and including staff whose professional activities have an impact on the institutions' risk profile (so called identified staff).

The guidelines set out in detail the requirements for those remuneration policies, the respective governance arrangements and the processes which should be applied when remuneration policies are implemented.

This revised draft takes into account the changes introduced by the Fifth Capital Requirements Directive (CRD V) and in particular the requirement that such remuneration policies should be gender neutral.

The **new draft** contains extensive changes, among others in the following areas:

- Vergütungspolitik im Gruppenkontext - die Leitlinien klären, wie der Vergütungsrechtsrahmen auf konsolidierter Basis anzuwenden ist;
- Geschlechtergleichheit: Die Vergütungspolitik muss geschlechtsneutral sein und das Prinzip des gleichen Gehalts für männliche und weibliche Arbeitnehmer für gleiche oder gleichwertige Arbeit widerspiegeln;
- Befreiungen kleinerer Institute für den Vergütungsprozess bei variablen Vergütungen;
- Anforderungen in Bezug auf Bindungsprämien.

Die Leitlinien gelten auf individueller, konsolidierter und teilkonsolidierter Basis, mit wenigen Ausnahmen für Finanzinstitute, die einem besonderen Vergütungssystem unterliegen.

Der Verband nimmt Anmerkungen seiner Mitglieder zu dieser Konsultation gerne bis zum 8. Januar 2021 entgegen. Die Veröffentlichung der endgültigen Leitlinien wird in der ersten Hälfte des Jahres 2021 erwartet.

- remuneration policies in a group context – the guidelines clarify how the remuneration framework applies on a consolidated basis;
- gender-equality: the remuneration policies must be gender neutral and respect the principle of equal pay for male and female workers for equal work or work of equal value;
- waivers of the variable remuneration payout process for smaller institutions;
- requirements regarding retention bonuses.

The guidelines apply on an individual, consolidated and sub-consolidated basis, with a few exceptions for financial institutions that are subject to a specific remuneration regime.

The association welcomes comments from its members on this consultation until 8 January 2021. The publication of the final guideline is expected in the first half of 2021.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

ESG Risiken | ESG Risks

EBA leitet Konsultation zu ESG-Diskussionspapier ein | EBA launches consultation on ESG Discussion Paper

Am 3. November 2020 veröffentlichte die Europäische Bankenaufsichtsbehörde (EBA) ein Diskussionspapier zum Management und zur Beaufsichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Risiken (ESG-Risiken) für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen (EBA/DP/2020/03, ESG-Diskussionspapier) und leitet mit diesem Papier eine Konsultation ein.

Das ESG-Diskussionspapier soll einen umfassenden Vorschlag dazu liefern, wie ESG-Faktoren und ESG-Risiken in den regulatorischen und aufsichtsrechtlichen Rahmen für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen einbezogen werden könnten.

Das ESG-Diskussionspapier enthält

On 3 November 2020, the European Banking Authority (EBA) published a discussion paper on management and supervision of environmental, social and governance risks (ESG risk) for credit institutions and investment firms (EBA/DP/2020/03, ESG Discussion Paper) and launches consultation with this paper.

The ESG Discussion Paper should provide a comprehensive proposal on how ESG factors and ESG risks could be included in the regulatory and supervisory framework for credit institutions and investment firms.

The ESG Discussion Paper includes

- Ausführungen zur Relevanz von ESG-Risiken für den Finanzsektor und eine einheitliche Definition von ESG-Faktoren und ESG-Risiken, einschließlich Definitionen von physischen Risiken und Übergangsrisiken als Hauptübertragungskanäle für Umweltrisiken (*siehe Kapitel 4 des Papiers*),
- eine Übersicht einer (nicht abschließenden) Liste quantitativer und qualitativer Definitionen, Indikatoren und Metriken für eine (nicht abschließende) Liste von ESG-Faktoren, zusammen mit einer Beschreibung verschiedener Instrumente und Methoden, die die Identifizierung, Bewertung und Einschätzung von ESG-Risiken unterstützen können (*siehe Kapitel 5 des Papiers*),
- mehrere Empfehlungen zur Erstellung von internen Richtlinien in Bezug auf die Art und Weise, wie Institute ESG-Risiken in ihren internen Governance- und Risikomanagement-Rahmenwerken in angemessener Weise einbetten können (*siehe Kapitel 6 des Papiers*), und
- Ausführungen dazu, wie ESG-Risiken bei der aufsichtlichen Überprüfung für Kreditinstitute angemessen berücksichtigt werden könnten, sowie mehrere Empfehlungen zur Erstellung von internen Richtlinien hierzu (*siehe Kapitel 7 des Papiers*).

Es besteht die Möglichkeit, zu dem ESG-Diskussionspapier eine Stellungnahme bis zum **3. Februar 2021** abzugeben. Sie können uns hierzu gern Ihre Kommentare oder Vorschläge **mitteilen** (Frist: 29. Januar 2021). Darüber hinaus wird die EBA am 26. November von 14:00 bis 17:00 Uhr MEZ eine öffentliche Anhörung in Form eines Webinars veranstalten.

- an elaboration on the relevance of ESG risks for the financial sector and a uniform definition of ESG factors and ESG risks, including definitions of physical risks and transition risks as the main transmission channels for environmental risks (*see Chapter 4 of the paper*),
- a presentation of a (non-exhaustive) list of quantitative and qualitative definitions, indicators and metrics for a (non-exhaustive) list of ESG factors, together with a description of several tools and methodologies that can support the identification, evaluation and assessment of ESG risks (*see Chapter 5 of the paper*),
- several policy recommendations regarding the way in which institutions can embed ESG risks in their internal governance and risk management frameworks in a proportionate manner (*see Chapter 6 of the paper*), and
- an elaboration on the effective way to proportionately reflect ESG risks in the supervisory review for credit institutions and several policy recommendations in this respect (*see Chapter 7 of the paper*).

It is possible to comment on the ESG Discussion Paper until **3 February 2021**. You are welcome to **send** us your comments or suggestions (**deadline**: 29 January 2021). Moreover, EBA will organize a public hearing in the form of a webinar on 26 November from 14:00 to 17:00 CET.



Wolfgang Vahldiek | Dr. Mélanie Liebert | Richard Aron Schauer

Verschuldungsquote | Leverage Ratio

EZB und BaFin gewähren temporäre Erleichterung bei der LR-Berechnung bis zum 27. Juni 2021 | ECB and BaFin grant temporary LR calculation relief until 27 June 2021

Die EZB hat mit einer **Mitteilung** vom 17. September 2020 über Erleichterungen bei der Berechnung der Verschuldungsquote durch **bedeutende Kreditinstitute (SI)** informiert (siehe auch **EZB-Pressemitteilung** zur Entscheidung des EZB-Rats vom 17. September 2020). Der entsprechende **Beschluss (EU) 2020/1306** der EZB vom 16. September 2020 über den vorübergehenden Ausschluss bestimmter Risikopositionen gegenüber Zentralbanken aus der Gesamtrisikopositionsmessgröße (EZB/2020/44) ist im Amtsblatt der EU vom 21. September 2020 veröffentlicht worden. Die EZB-Maßnahme gilt ab dem 26. September 2020 bis zum 27. Juni 2020.

Mit **Mitteilung** vom 21. September 2020 informierte die BaFin über die Gewährung einer temporären Erleichterung bei der Berechnung der Verschuldungsquote gemäß Art. 500b CRR für die ihrer direkten Aufsicht stehenden **weniger bedeutenden Instituten (LSI)**. Die BaFin weist auch darauf hin, dass bei der Nutzung der Erleichterung die weiteren Maßgaben des Artikels 500b CRR zu beachten sind. Zum Beispiel muss gemäß Artikel 500b CRR ein Institut, das Risikopositionen gegenüber seiner Zentralbank von seiner Gesamtrisikopositionsmessgröße ausschließt, auch die Verschuldungsquote offenlegen, die es hätte, wenn es diese Risikopositionen nicht ausschließen würde (siehe **entsprechender Eintrag** in den BaFin-Corona-FAQ vom 21. September 2020). Die BaFin-Maßnahmen gilt ab dem 22. September 2020 befristet bis zum 27. Juni 2021. Ein separater Antrag ist nicht erforderlich.

The ECB informed about a calculation relief regarding the leverage ratio of **significant institutions (SIs)** in a **communication** dated 17 September 2020 (see also the **ECB press release** on the Governing Council's decision of 17 September 2020). The corresponding **Decision (EU) 2020/1306** of the ECB of 16 September 2020 on the temporary exclusion of certain exposures to central banks from the total exposure measure (ECB/2020/44) has been published in the EU Official Journal dated 21 September 2020. The ECB measure enters into force on 26 September 2020 and is valid until 27 June 2020.

In a **communication** dated 21 September 2020, BaFin informed about granting a temporary relief in the calculation of the debt ratio pursuant to Art. 500b CRR for the **less significant institutions (LSI)** subject to its direct supervision. The BaFin also pointed out that when using the relief, the other requirements of Article 500b CRR must be observed. For example, under Article 500b CRR, an institution that excludes risk positions vis-à-vis its central bank from its overall risk position measurement must also disclose the leverage ratio it would have if it did not exclude these risk positions (see **corresponding entry** in the BaFin Corona FAQ of 21 September 2020). The BaFin measures will apply from 22 September 2020 until 27 June 2021. A separate request is not required.



Andreas Kastl

IT-Sicherheit 2020 | IT Security 2020

Neuer Lagebericht des BSI erschienen | New report on the state published by the German Federal Office for Information Security (BSI)

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) hat am 20. Oktober 2020 seinen neuen **Lagebericht** zur IT-Sicherheit in Deutschland veröffentlicht. Folgende Inhalte sind hervorzuheben:

The Federal Office for Information Security (BSI) presented on 20 October 2020 its new **report on the state** of IT security in Germany. The following contents can be highlighted:

- dominiert wurde die Lage erneut durch das Schadprogramm Emotet;
- ein aktuelles Thema sind die Angriffe unter Ausnutzung der COVID-19-Pandemie.

Außerdem möchte der Verband auf diese **BSI-Hilfestellung** für Prüfer zur Auditierung des **Standes der Technik** hinweisen.



Andreas Kastl

- the current situation is still dominated by the threat of the malware Emotet;
- the attacks exploiting the COVID-19 pandemic represent a current topic.

Additionally, the Association would like to hint on this **BSI support** for auditors regarding the auditing of the **state of the art**.

Update AML

Englische Übersetzung des GwG, FIU-Merkblatt und EU-Rahmenwerk | English translation of German AML Act, FIU leaflet, and EU framework

Der Verband möchte auf die vor Kurzem von der BaFin veröffentlichte **englische Übersetzung** des GwG hinweisen.

Die Zentralstelle für Finanztransaktionsuntersuchungen (FIU) hat im Zusammenhang mit der Erstellung von Verdachtsmeldungen ein **Merkblatt** aus Juli 2020 für den Finanzsektor veröffentlicht, welches allgemeine Anforderungen an die Darstellung des Sachverhalts aufstellt.

Die Europäische Bankaufsichtsbehörde (EBA) hat ihren **Bericht** (EBA/REP/2020/25) zu der Mitteilung der Kommission vom 7. Mai 2020 zu einem Aktionsplan für eine umfassende Politik der Union zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung veröffentlicht. Der Verband hatte sich ebenfalls an der öffentlichen Konsultation **beteiligt**.



Andreas Kastl

The Association would like to hint to the **English translation** of the German AML Act that was provided by BaFin lately.

In the context of compiling suspicious activity reports, the German Financial Intelligence Unit (FIU) published a **leaflet** of July 2020 addressed to the financial sector that shows the general requirements regarding the description of the facts of a case.

The European Banking Authority (EBA) has released its **report** (EBA/REP/2020/25) concerning the Communication from the Commission dated on 7 May 2020 on an action plan for a comprehensive Union policy on preventing money laundering and terrorist financing. The Association also **participated** in the public consultation.

3.4 Frankfurt am Main

Finanzsanktionen | Financial Sanctions

Neues Merkblatt der Bundesbank veröffentlicht | New Bundesbank information sheet published

Die Deutsche Bundesbank hat ein **Merkblatt** zur Einhaltung von Finanzsanktionen (Stand: August 2020) veröffentlicht. Darin skizziert sie ihre Aufsichts- und Prüfungserwartungen an die Kreditinstitute, unter anderem in Bezug zu den folgenden Themen:

- „Vorbildliche Verfahren“ zur Einhaltung von Finanzsanktionen,
- Anforderungen an die Geschäftsorganisation, Internes Kontrollsystem (IKS) und Interne Revision,
- Auswirkungen auf IT-Systeme und Auslagerungen.

Das Merkblatt enthält auch den Hinweis, dass im unbaren innerdeutschen Zahlungsverkehr aus Sicht der Bundesbank bis auf Weiteres beim Institut des Auftraggebers eine Überprüfung, ob der Zahlungsempfänger von außenwirtschaftsrechtlichen Beschränkungen betroffen ist, unterbleiben könne. Zu berücksichtigen bleibt jedoch, dass die allgemeinen Pflichten zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (z. B. § 25 h Abs. 2 KWG) davon unberührt bleiben.

The Deutsche Bundesbank has published an **information sheet** on compliance with financial sanctions (as of August 2020). In this document the Bundesbank outlines its supervisory and auditing expectations of credit institutions, including the following topics:

- "Best practices" on compliance with financial sanctions,
- Requirements for the business organisation, internal control system (ICS) and internal audit,
- Impact on IT systems and outsourcing.

The information sheet also states, that in non-cash domestic German payment transactions, the Bundesbank considers that, for the time being, the payer's institution may refrain from checking whether the payee is affected by restrictions under foreign trade law. However, it should be noted that this does not affect the general obligations to prevent money laundering and the financing of terrorism (e.g. sec. 25h para. 2 of the German Banking Act).



Andreas Kastl

3.5 Aktuelle Stellungnahmen | Position Papers

- **Stellungnahme des Verbandes** zum Regierungsentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinien (EU) 2019/878 und (EU) 2019/879 zur Reduzierung von Risiken und zur Stärkung der Proportionalität im Bankensektor (Risikoreduzierungs-gesetz – RiG)
- **Stellungnahme des Verbandes** zur Konsultation der überarbeiteten EBA und ESMA Leitlinien zur Bewertung der Eignung von Mitgliedern des Leitungsorgans und Inhabern von Schlüsselfunktionen
- **Stellungnahme des Verbandes** zur Konsultation der überarbeiteten EBA Leitlinien zu Interner Governance
- **Statement of the Association** on the consultation on the revised EBA and ESMA guidelines on the assessment of the suitability of members of the management body and key function holders
- **Statement of the Association** on the consultation on the revised EBA Guidelines on Internal Governance

4. VAB Interna | Association News

Neue Mitgliedschaften | New Members



Citigroup Global Markets Finance Corporation & Co. beschränkt haftende KG



SMBC Nikko Capital Markets Europe GmbH